

## ERKLÄRUNG DER 14. DIÖZESANVERSAMMLUNG ZU DEN DERZEITIGEN HAUSHALTSBERATUNGEN IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Der Entwurf zum Bundeshaushalt 2024 sieht umfassende Kürzungen in zahlreichen grundlegenden Bereichen unseres Sozialsystems vor, etwa in der Asyl- und Migrationsberatung, bei den Freiwilligendiensten, bei den Bundeszuschüssen für die Pflege oder den SGB II Eingliederungsleistungen für unter 25-Jährige. Die Diözesanversammlung der Katholikinnen und Katholiken im Bistum Limburg nimmt dies mit großer Sorge wahr und fordert gemeinsam mit dem Caritasverband für die Diözese Limburg sowie den Wohlfahrtsverbänden der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen Nachbesserungen in den Handlungsfeldern sozialer Arbeit.

Die Diözesanversammlung ruft die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Bundestag auf, dem Bundeshaushalt 2024 in den anstehenden Beratungen eine sozialere Handschrift zu verleihen. Setzen Sie sich für mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Lasten ein! Verhindern Sie einen Kahlschlag und eine Schwächung des Sozialstaates!

Der vorliegende Gesetzentwurf ist nicht ausgewogen, um Herausforderungen wie die Integration geflüchteter Menschen, den demographischen Wandel und die notwendigen Klimaanpassungen in den kommenden Jahren bewältigen zu können. Chancen und Risiken dieser Veränderungsprozesse sind ungleich verteilt, denn von den Risiken sind sozial benachteiligte Gruppen viel stärker betroffen. Daher brauchen gerade sie gezielte Unterstützung.

Die geplanten Kürzungen betreffen Investitionen, die im Kampf gegen soziale Ungleichheit besonders notwendig sind. Studien belegen, dass Investitionen in Integration, Bildung und bürgerschaftliches Engagement mittelfristig einen erheblichen monetären und gesellschaftlichen Mehrwert leisten. Ein starker Sozialstaat ist die richtige Antwort auf aktuelle und künftige Krisen.

Wir machen uns das Subsidiaritätsprinzip der Katholischen Soziallehre zu eigen: Stärkere Schultern müssen mehr tragen als schwächere Schultern, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt und unsere Demokratie in Deutschland gewahrt bleiben. Es ist ein Gebot der Stunde, jenen zu helfen, die es alleine nicht schaffen.

*Das Positionspapier „Veranschlagte Kürzungen im Bundeshaushalt 2024 - Nachbesserungen in wichtigen Bereichen der sozialen Arbeit notwendig“ der Liga der freien Wohlfahrtspflege legen wir dieser Erklärung bei.*